

Ulrich Brand

Post-Wachstum und Gegen-Hegemonie

Klimastreiks und Alternativen
zur imperialen Lebensweise

VSA:



Mit
einem
Beitrag zur
Corona-
Krise

Ulrich Brand
Post-Wachstum und Gegen-Hegemonie

Ulrich Brand möchte mit seinen wissenschaftlichen Arbeiten dominante Sichtweisen und Begriffe kritisieren, Erfahrungen aufarbeiten, ins Gespräch kommen, zum Nachdenken und vielleicht sogar zu anderem Handeln anregen. Er lehrt und forscht als Professor für Internationale Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien zu Politiken und Krisen der kapitalistischen Globalisierung, internationaler Umwelt- und Ressourcenpolitik, Lateinamerika, sozial-ökologischer Transformation und imperialer Lebensweise.

Außerdem ist er u.a. Mitherausgeber der »Blätter für deutsche und internationale Politik« und Mitglied im Redaktionsbeirat von »Tagebuch. Zeitschrift für Auseinandersetzung«. Gemeinsam mit Markus Wissen verfasste er das Buch: »Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus« (oekom-Verlag München 2017).

Ulrich Brand

Post-Wachstum und Gegen-Hegemonie

Klimastreiks und Alternativen
zur imperialen Lebensweise

Mit einem Beitrag zur Corona-Krise

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag 2020, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza
Umschlagfotos: Vorderseite: .marqs/Photocase, Rückseite: privat
ISBN 978-3-96488-027-7

Inhalt

Auf dem Weg in einen Corona-Kapitalismus? 7
Begreifen und Initiativen setzen – eine Einleitung inmitten der Krise

Strategien gegen einen autoritären Grünen Kapitalismus 29
Trotz Corona-Krise: Klimagerechtigkeit und Freiheit

Gegen-Hegemonie in Zeiten der Krise: Imperiale versus solidarische Lebensweise

»In Europa heißt »gutes Leben« heute Fleisch und Fliegen« 73
Interview von Romano Paganini, Quito, Ecuador

Kritik im Handgemenge 83
Was ein neuer Internationalismus berücksichtigen muss

Sozial-ökologische Transformation 87
Perspektiven eines kritisch-emanzipatorischen Verständnisses

Linke Wachstumskritik, Gewerkschaften und alternative Wohlstandsmodelle

Welches Wissen für welche Politik? 103
Zur Arbeit der Enquete-Kommission »Wachstum,
Wohlstand, Lebensqualität« des Deutschen Bundestages

Kapitalistisches Wachstum und soziale Herrschaft 109
Motive, Argumente und Schwächen aktueller Wachstumskritik

»Trade Unions for Future« 129
Gewerkschaften an der Schnittstelle zwischen Arbeit
und sozial-ökologischer Transformation

Commons, Staat und Herrschaftskritik 147
Produktive Einsatzpunkte und Ambivalenzen

**Demokratie und Lernprozesse in der Krise
der neoliberalen Globalisierung**

Bildung für den Standort oder emanzipatorische Globale Bildung? 153

Global Governance und Klimakrise 165

Auf dem Weg zu einer nachhaltigen Demokratisierung?

**Lateinamerika: Boom, progressive Hegemonie und Krise –
Lehren für die Linke**

**Rückkehr der autoritären Rechten –
neue Spielräume für eine linke Politik** 187

Lateinamerika im Jahr 2020

Lateinamerikas Linke – Ende des progressiven Zyklus? 199

Aufstieg und Krise des Neo-Extraktivismus 223

Poulantzas und Gramsci in Lateinamerika 233

(Semi-)Periphere Staatlichkeit aus neo-marxistischer Perspektive

Auf dem Weg in einen Corona-Kapitalismus?

Begreifen und Initiativen setzen –
eine Einleitung inmitten der Krise

In der Klimaforschung wird lange schon auf »Umschlagpunkte« (*tipping points*) hingewiesen, das sind Momente, in denen es zu radikalen Veränderungen im sozio-ökonomischen System kommt. Doch mit einem Virus hat kaum jemand gerechnet. Deshalb stellen sich zunächst Fragen über Fragen.

Wie lässt sich im März und April 2020 die Einleitung für ein Buch verfassen, in dem es um ein Verständnis jüngerer gesellschaftspolitischer Entwicklungen, mögliche Zukunftsvorstellungen und emanzipatorische Handlungsmöglichkeiten geht? Denken und Schreiben inmitten der Corona-Krise – dabei ziehe ich den Begriff der Krise jenem der Pandemie vor, weil es um wesentlich mehr als um gesundheitliche Fragen geht.

Vor allem leben wir in Zeiten multipler Unsicherheiten. Wir wissen nicht, bis wann das Corona-Virus einigermaßen kontrolliert, wann eine Medizin gegen die Lungenkrankheit oder ein Impfstoff gegen das Virus entwickelt und in ausreichender Menge produziert sein wird. In wie vielen Wellen wird sich das Virus noch ausbreiten und entsprechend öffentliches Leben, soziale Institutionen und wirtschaftliche Aktivitäten nur eingeschränkt zulassen? Wie dramatisch wird die Situation in Ländern des globalen Südens mit schwachen Gesundheitssystemen noch werden? Als Folge der Corona-Krise könnte es zu Hungersnöten in vielen Ländern mit Millionen von Toten kommen (Böhm 2020).

Wie werden all diese sehr unterschiedlichen Gesellschaften »nach Corona« aussehen? Wird es überhaupt ein solches »Danach« geben, oder werden wir von nun an immer wieder mit Epidemien oder sogar Pandemien konfrontiert sein – durch dieses Virus oder andere? Einiges spricht für dieses pessimistische Szenario, für eine künftige Lebensweise, in der soziale Distanzierung in relevanten Bereichen als Gebot erhalten bleibt. Falls es zu einer Art der »Normalisierung« kommt – was für eine Normalität wird das sein? Und was bedeutet diese für unterschiedliche Weltregionen und Bevölkerungsgruppen, verschiedene Wirtschaftsbranchen und die jeweiligen Formen gesellschaftlicher und politischer Organisation? Was bedeutet Normalisierung angesichts der Tatsache, dass für viele Menschen und für die Natur schon die bisherige Normalität der imperialen Produktions- und Lebensweise ein Desaster war?

Wir wissen nicht, wie es in den kommenden Monaten weitergeht und was dauerhaft anders bleiben wird. Sicher ist nur, dass sich vieles rasant verändert

und der Kapitalismus in seiner jüngsten, globalisierten Form davon dauerhaft betroffen sein wird. Insofern sind Krisen auch dieses Mal Umschlagpunkte und Entscheidungssituationen. Wir erahnen kaum, in welche möglichen Richtungen sich die gesellschaftlichen Verhältnisse verändern werden und ob sich dauerhaft etwas manifestiert, was in kritischen Diskussionen in Lateinamerika als »Zivilisationskrise« bezeichnet wird.

Eher beiläufig spricht Naomi Klein (2020) von einem »Corona-Kapitalismus«, doch den Begriff finde ich instruktiv. Sie meint damit eine Krisenbearbeitung im Sinne der Wohlhabenden und der naturzerstörerischen Wirtschaftsbranchen. Besonders deutlich werde das an den staatlichen »Retzungspaketen« – und der privaten Gesundheitsindustrie. Durch die neuerlichen Schock-Politiken kommt es wie in früheren Krisen zur dauerhaften Stärkung der ohnehin Mächtigen, die keine Rücksicht auf Gesellschaft und Natur nehmen.

Der Begriff des Corona-Kapitalismus bedarf der weiteren Ausarbeitung, doch er zeigt an: Es gibt bei jeder Krise verschiedene Optionen oder Formen, sie zu bearbeiten, die sich auf die kapitalistische Produktions- und Lebensweise auswirken und sie verändern. Das war bisher bei der ökologischen Krise so – in Gestalt des Grünen Kapitalismus – und trifft jetzt auch auf diese Pandemie und mögliche künftige zu.

Damit stellt sich die Frage: Was kann heute getan werden, damit gesellschaftliches Leben, Arbeit, soziale Institutionen und Infrastrukturen, Demokratie und das Verhältnis zwischen Gesellschaft und Natur dauerhaft zukunftsfähig werden? Wie kann die gesellschaftliche Öffnung, die in der Krise plötzlich bisher Undenkbares möglich macht, genutzt werden, um für eine gerechtere, demokratischere, aber vor allem für eine Gesellschaft zu streiten, die auch künftigen Generationen ein erfülltes Leben auf unserem Planeten ermöglicht?

Viele Menschen rund um den Globus erleben kaum vorstellbare Einschränkungen im Alltag und wirtschaftliche Verwerfungen, wie sie zumindest im globalen Norden seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr vorkamen. Dazu sehen wir vielerorts, vor allem in Europa, eine enorme Präsenz und Handlungsfähigkeit des Staates sowie ein starkes Vertrauen der Bürger*innen in diesen.

In anderen Ländern, insbesondere in jenen des globalen Südens, ist der Staat kaum handlungsfähig: Die Gesundheitssysteme versagen, die Angaben zu Infizierten und Toten sind unklar, statt Appelle zu sozialer Distanzierung wurden rasch harte Ausgangssperren und Maskenpflicht verhängt, die durch das Militär überwacht werden. Ein Großteil der Menschen arbeitet in der informalisierten bzw. popularen Ökonomie, kämpft alltäglich um

die Sicherung ihrer Existenz und kann von den geringen staatlichen Hilfen in der Krise nicht leben. »Zuhause bleiben« ist völlig undenkbar.¹

Ich beginne dieses Buch damit, jene unübersichtliche Konstellation ein wenig zu sortieren. Die folgenden Überlegungen dienen auch als eine Art Selbstklärung und werden in einem Zustand der Zerrissenheit und teilweisen intellektuellen Überforderung geschrieben.

Im nächsten Kapitel erfolgen Überlegungen zur derzeitigen politischen Situation und zu Tendenzen, die während der aktuellen Krise möglicherweise anders gelesen werden als während eines wie auch immer konturierten »Danach«. Mein Argument dort lautet: Wir erleben aktuell eine sehr verworrene Situation und eine Bündelung zahlreicher Krisen wie jener der Demokratie, der internationalen Ordnung und Sicherheit, der zunehmenden sozialen Ungleichheit und der mit dem Aufstieg rechter Kräfte zusammenhängenden politischen Krise. Doch der Umgang mit sozial-ökologischen Krisen wird eine entscheidende Konfliktlinie der kommenden Jahre sein. Die Coronapandemie ist »nur« ein, wenn auch sehr dramatischer Teil dieser Krise – in kritischen Begriffen: der tiefen Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse.

Mögliche Lernprozesse in der Corona-Krise

In diesen Wochen und Monaten kommt es zu ungewohnten und drastischen Einschränkungen im Alltag: Abstand halten, Mundschutz, das Zusammenkommen mit vielen Menschen ist nicht erlaubt, Home Office, reduzierte oder gar keine Einkommen für viele, geschlossene gesellschaftliche Institutionen wie Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Freizeiteinrichtungen oder Biergärten und Gaststätten.² Übermäßige Kritik an den aktuellen Maßnahmen wird von den meisten als unangemessen angesehen. Der Lockdown

¹ Vgl. etwa am Beispiel Lateinamerika Boos/Preiser 2020.

² Miriam Lang schreibt aus Ecuador zum Thema Homeschooling: »In Ecuador funktioniert der Online-Unterricht in weiten Teilen des Landes gar nicht. Es heißt, 70% der SchülerInnen hätten keinen Internetzugang, natürlich vor allem auf dem Land. Offiziell haben 37,2% der Haushalte einen eigenen Internetzugang.« Stefan Peters (2020) zu den Maßnahmen wie soziale Distanzierung und Ausgangssperren, die grundsätzlich richtig seien. »Sie haben jedoch eine zentrale Leerstelle: Sie abstrahieren von den Lebensbedingungen des Großteils der Weltbevölkerung. Mehr noch: Mit Blick auf den globalen Süden wird die Mehrzahl der Todesopfer nicht direkt dem Corona-Virus, sondern indirekt der damit verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen zum Opfer fallen.« Erfahrungsberichte aus Afrika, Indien, Brasilien und Iran in »Blätter für deutsche und internationale Politik«, Mai/2020, 71-87.

soll uns schützen und hat selbst negative psychische, soziale und körperliche Auswirkungen. Dazu kommen Einbrüche in der Industrieproduktion und im Dienstleistungssektor, wie auch in der Landwirtschaft, die reduzierte Anzahl der Erntehelfer*innen aus Osteuropa macht sich bemerkbar. Der Welthandel geht in die Knie, ein extrem niedriger, zeitweise sogar negativer Ölpreis ist das Resultat davon.³ Die Arbeitslosigkeit steigt in allen Ländern stark an. Die »Care-Krise« und die Probleme der Reproduktion werden besonders sichtbar, wenn wegen der Grenzschießung die 24-Stunden-Pflege durch migrierende Pflegerinnen nicht mehr garantiert ist. Carearbeit, die bisher für Mittelschichten entlang von Klassen- oder ethnischen Linien recht einfach externalisiert werden konnte, muss jetzt innerhalb der Haushalte wieder primär zwischen den Geschlechtern ausgehandelt werden.

Die aktuelle Krise zeigt uns sehr deutlich, wie sehr verwundbar vor allem sozial schwächere Bevölkerungsgruppen wie in Armut lebende Menschen, prekär Beschäftigte und Geflüchtete sind. Kleinere Firmen werden in vielen Branchen eher Probleme haben, durch die Krise zu kommen, als große Unternehmen. Die Frage, wer nach der Krise die Kosten trägt, wird entlang bestehender Ungleichheiten und Machtverhältnisse beantwortet werden – falls nicht aktiv politisch gegengesteuert wird.

Paradoxerweise werden die globalen CO₂-Emissionen im Jahr 2020 zurückgehen, wenn auch nicht aufgrund gewollter und auf Dauer angelegter klimapolitischer Maßnahmen. Damit ist also noch längst keine klimagerechte sozial-ökologische Transformation eingeleitet. Vielmehr befinden wir uns gerade in Fragen des Umgangs mit der Corona-Krise auf den ersten Blick in einer offenen Situation, die vieles möglich macht und neue Ideen befördert. Doch die Situation ist wohl nicht ganz so offen, wie es scheinen mag. Denn mächtige Kapitalgruppen, die auf die Nutzung fossiler Brennstoffe und anderer natürlicher Ressourcen angewiesen sind bzw. damit kräftig Geld verdienen, haben ein Interesse an der Rückkehr zu ihrer »Normalität« der Vor-Corona-Zeit. Die Regierungen sind eng verquickt mit diesen starken Kapitalgruppen und es ist wahrscheinlich, dass in einigen Branchen eine verstärkte Unternehmenskonzentration stattfinden wird. Ebenso haben

³ Der Internationale Währungsfonds prognostizierte am 14. April 2020 einen Rückgang der globalen Wirtschaftsleistung um drei Prozent. Für die EU wird ein Einbruch um etwa 7,5% erwartet. Es bedarf wohl noch einiger Analysen, um den Zusammenhang zwischen Corona-Krise, dem Rückgang des Welthandels, der Entwicklung des Ölpreises, sinkenden Börsenkursen und der bereits seit 2019 sichtbar werdenden neuerlichen Überakkumulationskrise des globalen Kapitalismus mit sinkenden Wachstumsraten und sich anbahnenden Problemen in einigen Branchen genauer zu verstehen (vgl. dazu Solty 2020).

viele Beschäftigte in festen Arbeitsverhältnissen und ihre Interessenvertretungen Interesse an der Wiederherstellung der Situation von vor der Krise. Die aktuell erzwungene Unterbrechung der kapitalistischen Expansionsdynamik findet in vielen Sektoren statt. Aber nicht in allen. So machen die Pharmaindustrie, Produzenten von medizinischer Ausrüstung oder Onlineversandhändler wie Amazon beste Geschäfte.

Dennoch könnte es teilweise ein krisenbedingtes Umdenken hin zu »grüneren« und solidarischen Elementen in der Produktions- und Lebensweise geben, wenn die politischen Kräfte entsprechend mobilisiert werden und es sich für die herrschende Politik als attraktiv darstellt. Der Legitimationsdruck, insbesondere angesichts der Klimakrise zu handeln, ist nicht weg. Und bereits vor Ausbruch der Pandemie gab es in Sektoren wie der Automobilindustrie oder auf den Finanzmärkten massive Probleme. Im nächsten Kapitel argumentiere ich, dass es auch zu Spaltungen innerhalb des herrschenden Blocks kommen muss, um Alternativen vorantreiben zu können.

Neben Analysen bedarf es auch kluger sozial-ökologischer Initiativen, auf die ich weiter unten noch eingehen werde.

Zunächst möchte ich auf einige aktuelle Erfahrungen verweisen, die ambivalent und umkämpft sind und mögliche Anknüpfungspunkte für linke Politik darstellen.

Erstens: Krisen sind immer »die Stunde der Exekutive«, das merkt man zum einen daran, dass in der Krise tendenziell die Zustimmung der Bevölkerung zu den Regierungen (stark) wächst; zum anderen treten die parlamentarischen Oppositionen in den meisten Ländern Europas kaum in Erscheinung. Die Parlamente nicken die einschneidenden Maßnahmen und gigantischen »Rettungs«-Pakete in den Ländern des globalen Nordens ab.

Die argentinische Soziologin Maristella Svampa (2020) spricht vom aktuellen Staat als »Gesundheits-Leviathan«, der Grundrechte einschränkt und Befugnisse an sich zieht. Der Umgang mit der Corona-Krise könnte den Regierenden als Anschauungsmaterial dienen, wie weit sie in deklarierten Notstandssituationen gehen können. Viele Maßnahmen werden gesellschaftlich akzeptiert. Damit wird möglicherweise ein Alltagsverstand der Menschen gestärkt, demzufolge Krisen vor allem autoritär zu bearbeiten sind, Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie eingeschränkt werden müssen.

Wer hätte neben diesen problematischen Tendenzen vor einigen Monaten noch gedacht, dass die Regierungen derart entschieden in die Lebenswelt der Menschen und das wirtschaftliche Handeln eingreifen könnten? In den Debatten um eine weitreichende Klima- oder Verkehrspolitik wurde mit Schulterzucken reagiert. Maßnahmen wie Tempolimits und Fahrverbote zur Reduzierung von Feinstaub in Städten oder CO₂-Emissionen wurden

empört abgelehnt. Die Erzählung lautete, dass der Staat zu einem raschen Umsteuern gar nicht in der Lage sei, und den Menschen »einschneidende« Maßnahmen nicht zu vermitteln und zuzumuten seien.

Auch das Corona-Virus ist nicht einfach »da«, sondern es handelt sich um ein nur medizinisch zu identifizierendes Problem, das die Bevölkerungsmehrheit gar nicht unmittelbar als Krankheit erfährt. Insofern handelt es sich um eine Bedrohung, die in gewisser Weise abstrakter ist als der Klimawandel. Wer oder was bestimmt also, was ausreichend lebensbedrohlich ist, um in ein dezidiertes politisches Krisenmanagement einzusteigen? Ebenso sind die Umgangsweisen der Regierungen damit nicht vorgegeben: Es gab anfänglich von der US-Regierung Leugnung, in Großbritannien Zögern, in Südkorea die Isolierung von Risikogruppen und in vielen Ländern Lockdown inklusive dramatischer Inszenierung. Lockdown bedeutet, dass die Regierungen eine zeitweise Unterbrechung der kapitalistischen Wachstumsmaschinerie verfügen, aber eben vielerorts auch die mikroökonomischen Aktivitäten der Bevölkerung einschränken, die ihr tägliches Überleben sichern.

Was können wir daraus lernen? So wie die Regierungen mehr oder weniger rasch drastische Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus ergriffen haben, so sehr könnte die Klimakrise zum Anlass genommen werden, ein deutlicheres politisches Umsteuern in Richtung sozial-ökologischer Transformation einzuleiten. Das Wissen um den Klimawandel und seine sozial-ökologischen Konsequenzen ist vorhanden und wird auch von den meisten Regierungen nicht mehr geleugnet. Die österreichische grüne, politisch leider wenig durchsetzungsfähige Umweltministerin Leonore Gewessler stellt fest: »Die Corona-Krise zeigt, dass wir entschlossen und ministerienübergreifend handeln können. Diesen Willen müssen wir in die Klimakrise mitnehmen. Wenn die Klimakrise kommt, dann bleibt sie. Dann wird dieser Ausnahmezustand zum Dauerzustand.« (Der Standard, 15.4.2020)

Wie bereits in der Finanz- und Wirtschaftskrise, die 2008/09 ihren Anfang nahm, zeigt sich auch jetzt, dass viele Staaten in den kapitalistischen Zentren in der Lage sind, enorme regulatorische und finanzielle Ressourcen zu mobilisieren, in dem Versuch, die wirtschaftlichen und heute auch die gesundheitlichen Krisenerscheinungen zu bekämpfen.⁴ Das gelingt sehr unterschiedlich und jede Maßnahme hat mehr oder weniger starke Auswirkungen auf soziale Ungleichheit und wird als Maßnahme des Notstands gerechtfertigt.

⁴ Ingar Solty (2020) weist auf eine wichtige Differenz zwischen der Krise vor gut zehn Jahren und heute hin: 2007/2008 war eine Krise der ineffektiven deregulierten Finanzmärkte, die dann auf die Gütermärkte wirkte. Heute handelt es sich um eine Unterbrechung transnationalisierter Produktionsketten.

tigt.⁵ Das Mantra der Schwarzen Null als Kernelement der Austeritätspolitik gilt aktuell nicht mehr. Falls sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nicht deutlich verändern, wird dieses Mantra umso stärker zurückschlagen. Denn die aktuellen staatlichen Unterstützungsleistungen müssen in der Zukunft refinanziert werden und das wird mit Politiken gegen die Bevölkerungsmehrheit und mit unsolidarischer Politik in Europa einhergehen.

Zudem sollten wir uns keinen Illusionen hingeben in Bezug auf die Rolle des Staates in Ländern wie Deutschland, Österreich oder der Schweiz. Wenn die Rettungspakete nicht mit klaren sozialen und ökologischen Kriterien versehen werden (vgl. unten), sind sie Teil der harten neoliberal-kapitalistischen Realität: Es ist die altbekannte Strategie, insbesondere der großen Unternehmen und deren Kooperation mit dem Staat, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden. Andererseits bleibt eine wichtige Erfahrung: Trotz der Verquickung mit den großen Unternehmen kann der Staat in bestimmten Situationen durchaus deutlich umsteuern, auch gegen mächtige Wirtschaftsinteressen, und zumindest teilweise auf soziale Belange Rücksicht nehmen.

Und das gilt, *zweitens*, auch für Unternehmen. Für einige Veränderungen hätte man vor einem halben Jahr noch Kopfschütteln geerntet: Automobilhersteller und -zulieferer produzieren gesundheitsrelevante Güter, nämlich Schutzmasken und Beatmungsgeräte. Regierungen rufen dazu auf, lokale und einheimische Produkte zu kaufen, um einheimische Produzent*innen zu stützen. Indirekt wird die starke und nun gefährlich gewordene Abhängigkeit von globalen Güterketten anerkannt. Die negativen Auswirkungen der Krise werden in vielen Branchen entlang der Lieferketten insbesondere auf die Schwächsten, nämlich die Produzent*innen in den Weltmarktfabriken des globalen Südens, abgewälzt.⁶ Damit wird eine alte Forderung der globalisierungskritischen Bewegung aktualisiert, die etwa im Begriff der progressiven »De-Globalisierung« zum Ausdruck kommt (Bello 2004). Auch der ressourcenintensive Ferntourismus wird im Jahr 2020 weitgehend unterbrochen werden und ermöglicht regionalere Formen des Reisens.

Wenn staatliche Eingriffe in die Unternehmenstätigkeit nunmehr als legitim gelten, so könnten auch weitergehende Fragen bezüglich einer Steuerung von Wirtschaftstätigkeiten gestellt werden: Welchen Stellenwert spielt künftig der öffentliche Sektor? Wer bestimmt über die Investitionen der Unter-

⁵ Vgl. eine interessante Momentaufnahme der klassenbasierten Krisenpolitik in Deutschland von Sablowski 2020.

⁶ Rustici 2020 mit eindrucksvollen Beispielen, Paasch/Saage-Maaß 2020 zu den höchst ungleichen Auswirkungen im globalisierten Textilsektor.

nehmen bzw. in öffentliche Infrastrukturen und entlang welcher sozial-ökologischer Kriterien werden diese getätigt? Damit öffnen sich Möglichkeiten einer »krisenfesten Resilienzwirtschaft, um die Wirtschaft konjunkturunabhängig stabil zu halten« (Lange/Santarius 2020). Das sollte nicht als Wunschtraum des Kapitals nach Krisenfreiheit gelesen werden, sondern als Bedingung für eine sozial-ökologische Transformation. Eine resiliente Wirtschaft impliziert ein insgesamt niedrigeres Niveau des Bruttoinlandsprodukts mit Konsequenzen für Arbeitszeiten, Einkommen, Beschäftigung und Sozialversicherungssysteme (ebd.). Auch die Diskussion um den Rückbau und die Konversion nicht-nachhaltiger Wirtschaftszweige wie etwa der Rüstungs- und Automobilindustrie, abgesichert durch entsprechende Arbeitsmarkt- und sozial-ökologische Industriepolitiken, müsste intensiviert werden.

Drittens wird deutlich wie selten zuvor, dass Menschen hochgradig abhängig von biophysischen und gesellschaftlichen Bedingungen sind, verletzlich durch Virusinfektionen und durch eine unzureichende gesundheitliche Versorgung. Die weit verbreitete Annahme des autonomen und zuvorderst an Nutzenmaximierung orientierten Individuums blamiert sich selbst. Gesundheit ist kein Glück und Krankheit nicht (nur) Schicksal, sondern es sind auch gesellschaftliche Verhältnisse, die diese beeinflussen. Die neoliberale Auszehrung des Gesundheitssektors schafft aktuell viel Leid, sogar Tod – und für die in der Branche Beschäftigten enormen Arbeitsdruck und Risiken. Sichtbar wird die medizinische Unterversorgung in den USA und in Europa vor allem in Ländern wie Großbritannien, Griechenland, Italien und Spanien, in letzteren v.a. verursacht durch die Austeritätsmaßnahmen oder EU-Auflagen im Gefolge der Eurokrise. Aber auch in Ländern wie Deutschland haben sich die Defizite des neoliberalisierten Gesundheitssystems gezeigt, auch wenn hier die Krisenbewältigung noch vergleichsweise gut gelingt. Zum einen wurde der Gesundheitssektor verkleinert und zum anderen Markt- und Profitprinzipien unterworfen, was in der aktuellen Krise desaströse Auswirkungen hat (Kreiling/Zeller 2020). In Deutschland wurde die Zahl der Krankenhausbetten in den letzten 30 Jahren fast halbiert, obwohl die Bevölkerung zunahm und älter wurde (Wolf 2020). In Ländern des globalen Südens sieht es noch düsterer aus, insbesondere dort, wo diese durch die aufgezwungenen neoliberalen »Strukturanpassungen« gegangen sind. Nicht zuletzt durch solche Erfahrungen ist eine breite gesellschaftliche Debatte um den Zustand des Gesundheitssystems entstanden.

Gesundheit ist ein öffentliches Gut und profitorientierte Gesundheitssysteme könnten in der aktuellen Krise an Zustimmung verlieren. Zudem kommt es zu einer stärkeren – bisher allerdings weitgehend symbolischen – Anerkennung von medizinischen und insbesondere von Pflegeberufen und

anderen »systemrelevanten« Berufen der Daseinsvorsorge, die unverzichtbare gesellschaftliche Funktionen aufrechterhalten (Wöhl 2020). Dazu gehören die Tätigkeiten von Menschen in der Lebensmittelproduktion und im -handel oder im Erhalt der grundlegenden öffentlichen Infrastruktur. Es wird kritisch diskutiert, welche Waren, Dienstleistungen und Wirtschaftssektoren bislang möglicherweise als zu wichtig erachtet wurden, etwa (große) Autos, schnelllebige Konsumgüter, immer neue Kleidung, Wochenendflüge und andere Statusprodukte. Die »Alltagsökonomie« (Foundational Economy Collective 2019) erfährt aktuell eine Aufwertung, was als wichtige Erfahrung bleiben könnte. Öffentlich diskutiert wird, dass die gesellschaftliche und finanzielle Bewertung von Erwerbsarbeit wie auch die Aufteilung zwischen Erwerbsarbeit und anderen Tätigkeiten – insbesondere unbezahlte Reproduktions- und Pflegearbeit – in einer erheblichen Schieflage sind. Männliche (Fach-)Arbeit in Industrie- und Finanzsektoren wurde in der Vergangenheit deutlich bevorzugt, andere soziale Arbeiten abgewertet. Auch diese Erfahrung darf nicht einfach wieder vergessen werden, selbst wenn sich nach Krisen alte (Geschlechter-)Ordnungen rasch wiederherstellen.

Viertens können bzw. müssen wir in diesen unübersichtlichen Wochen und Monaten lernen, dass Menschen durchaus bereit sind, ihr Alltagsverhalten radikal zu verändern, wenn es glaubhaft als lebensdienlich dargestellt wird. Dies geschieht verordnet, nicht selbstbestimmt gewollt und zum Glück nur auf Zeit. Bei Menschen, die keine oder wenig Sorgeverpflichtungen und zudem stabile Einkommen haben, mag die aktuelle Situation den paradoxen Effekt haben, dass das gesellschaftlich erzwungene Innehalten im eigenen Alltag sogar ganz angenehm sein kann – trotz der Sorge um die gesellschaftliche und wirtschaftliche Gesamtsituation. Das betrifft insbesondere jene, die sich ihr Büro zu Hause einrichten können (und das sind tendenziell die Berufe mit höherem Einkommen). Die Unterbrechung der Normalität ist für viele Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen oder als Selbstständige wirtschaftlich dagegen ein Desaster. Und auch im privaten Bereich kommt es häufig zu enormen Belastungen: Homeschooling, Ausgangssperren und Kontaktverbote sind für Kinder und Eltern oft anstrengend, eine Belastungsprobe, die in engen Wohnverhältnissen nochmals zunimmt.

Dennoch stellt sich trotz der Unsicherheit sowie materieller, sozialer und psychischer Belastungen für viele die Frage, ob in der aktuellen Situation potenzielle Elemente einer solidarischen Lebensweise aufscheinen, die ganz praktisch und gerne gelebt werden. Die Städte wirken entspannter, weil »autobefreit« – auch wenn vorübergehend viele Menschen das eigene Auto andererseits als »Schutzraum« begreifen –; das Fahrradfahren wird nicht nur entspannter, ihm wird auch mehr Raum zugewiesen und es erweist sich in

vielen Fällen als Alternative sowohl zum ÖPNV wie auch zur Automobilität. Das wird von vielen als angenehmer Zustand empfunden und insofern eine kollektive Erfahrung sein, an die angeknüpft werden kann.

Beim Leitbild von Post-Wachstum, auf das ich in anderen Kapiteln dieses Buches noch näher eingehen werde, stehen immaterielle Dimensionen eines auskömmlichen und zufriedenstellenden Lebens im Zentrum: Genussfähigkeit, Achtsamkeit, Solidarität und anderes mehr (Schmelzer/Vetter 2019: 224f.). Es geht um eine »solidarische und konviviale Lebensweise, die einerseits aus einer materiellen Deprivilegierung derjenigen hervorgehen muss, die aktuell auf Kosten anderer leben, und andererseits Denk- und Probierräume für ein vielfältiges gesellschaftliches Miteinander jenseits von Konkurrenzdruck und Entfremdung eröffnet« (ebd.: 230).

Diese Position ist nicht naiv. Es spricht einiges dafür, dass nach der Krise ein neues »Wir« erschaffen wird, das nur gemeinsam »die Wirtschaft« in ihren alten Konturen wieder zum Laufen bringt: Arbeiten, verbunden mit Überstunden und für viele unter prekären Bedingungen, Hyperkonsum, aber politisches Stillhalten als oberste Bürger*innenpflicht. Doch dieses »Wir« ist umkämpft, wird Ein- und Ausschlüsse produzieren. Dabei gibt es zumindest die Chance zur Stärkung von sozial-ökologischen Dimensionen. Aktuell ambivalente Alltagserfahrungen, von ihrem Zwangscharakter befreit, könnten durchaus Anknüpfungspunkte für eine solidarische Lebensweise bergen. Das in einigen europäischen Ländern wie Spanien nun rasch eingeführte Grundeinkommen, mit dem das Leben von Millionen Menschen abgesichert werden soll, wird nicht einfach zurückgenommen werden können.

Und *fünftens* könnte die Dringlichkeit internationaler Politik und Zusammenarbeit deutlich werden. Bei der Diagnose der Pandemie durch die Weltgesundheitsorganisation wurde das durchaus deutlich. Gleichzeitig wird Krisenpolitik weitgehend von nationalen Staaten betrieben, trotz der beträchtlichen gemeinsamen Anstrengungen etwa in EU-Europa. »Nicht kleckern, sondern klotzen«, fordert der deutsche Finanzminister Olaf Scholz Mitte März. Es soll vor allem die »eigene« Wirtschaft gerettet werden, auch wenn die EU möglicherweise damit weiter geschwächt wird (Vogel 2020). Das gelingt den reichen europäischen Ländern eher als den ärmeren, und es wird zu weiteren wirtschaftlichen Konzentrationsprozessen führen. Die unsolidarische EU-Politik gegenüber Geflüchteten wird in der Corona-Krise besonders deutlich, was auch als Angst der herrschenden Politik vor einem weiteren Aufstieg rechtsextremer Kräfte verstanden werden kann (etwa Dörre 2020). Vor allem aber ist es die strukturelle neoliberale Verfasstheit der EU, mit der die strukturelle Macht der Vermögenden und des Kapitals abgesichert, eine solidarische Ausgleichspolitik innerhalb der Union verun-

möglichst, tendenziell der Nationalismus verstärkt und nach außen die Freihandelsorientierung festgeschrieben wird (Oberndorfer 2020).

Es gibt kaum effektive internationale Ausgleichsmechanismen. Internationale Regelsetzung war in den letzten Jahren stark daran ausgerichtet, die Interessen starker Akteur*innen zu sichern. Andere internationale Koordinationsmechanismen und Organisationen, die etwa Frieden dauerhaft sichern oder eine Angleichung der Lebensbedingungen unterstützen, wurden erheblich geschwächt.

Rechtskonservative Regierungen tragen ihren Nationalismus nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sprachlich vor sich her. Die konservativen Mitglieder der österreichischen Regierung wenden sich in ihren öffentlichen Ansprachen in der Regel nicht an die in Österreich lebenden Menschen, sondern an »die lieben Österreicherinnen und Österreicher«. Wie grotesk würde es sich anhören, wenn die im Vergleich zu Sebastian Kurz deutlich liberale Angela Merkel nicht mit »Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger« ihre Ansprachen beginnen würde, sondern mit »Liebe Deutsche«.

Und dennoch schafft die globale Dimension der Corona-Krise auch eine verstärkte Aufmerksamkeit für die Verhältnisse (allen voran die Gesundheitsverhältnisse) in anderen Ländern. Es kommt durchaus zu europäischen Unterstützungsaktionen und – wenn auch erst nach vielen Wochen des Zögerns – zur stärkeren finanziellen Unterstützung von Ländern des globalen Südens. In diesen Tagen (Anfang Mai 2020) ist offen, ob es auf europäischer Ebene vielleicht zu einer Haftungsübernahme von Staatsschulden durch die EU in Form von sogenannten Euro-Bonds bzw. Corona-Bonds oder vielleicht sogar Direkthilfen für stärker von der Krise betroffene Länder kommt (Schneider/Syrovatka 2020). Die Notwendigkeit internationaler politischer Kooperation wird zum Beispiel daran deutlich, dass UN-Generalsekretär António Guterres Ende März die Aufhebung der Sanktionen gegen Iran forderte, um dort den Kampf gegen das Corona-Virus zu erleichtern. Eine Schuldenstreichung für ärmere Länder wird inzwischen von vielen gefordert. Solch eine Streichung sollte nicht als großmütiger Akt der reichen Länder verstanden werden, sondern als Ausgleich historischer kolonialer Schuld. Eine »soziale Weltinnenpolitik« (Peters 2020) als institutionelle Umsetzung der Forderung nach Globalen Sozialen Rechten könnte breitere Unterstützung gewinnen.

Imperiale Produktions- und Lebensweise

Der Begriff der imperialen Lebensweise erlaubt ein Denken in Widersprüchen und spürt analytisch in den verfestigten Strukturen bzw. in ihrer aktuellen krisenhaften Dynamik nach Ansatzpunkten für Veränderung.⁷ Aktuell treten die Wirkungsmacht und Krisenhaftigkeit der imperialen Produktions- und Lebensweise deutlich hervor.⁸ Die *Wirkungsmacht* besteht darin, dass sie zu Verhältnissen geführt hat, die heute dafür mitverantwortlich sind, dass ein Virus eine derart tiefe weltweite Krise hervorrufen und die anderen Momente der multiplen Krise verstärken kann.

Besonders deutlich wird das an der profitorientierten Globalisierung der Wertschöpfungs- und Güterketten. Sie führte etwa zu Auslagerungen der Medikamentenproduktion in Billiglohnländer. Nun nehmen die Engpässe in der Medikamentenversorgung sprunghaft zu. Zudem wurde das Virus auch deshalb so rasch verbreitet, weil die internationale Reisetätigkeit in den letzten zwei Jahrzehnten stark zugenommen hat.

Die Entstehung und Ausbreitung neuer Viren basiert auch darauf, dass durch kapitalistisches Wirtschaften die Natur zerstört wird. Der Rückgang der biologischen Vielfalt wie auch die Zerstörung der Lebensräume von wildlebenden Tieren führt zu einer höheren Wahrscheinlichkeit der zoonotischen Übertragung auf den Menschen und der raschen Ausbreitung von Infektionen. Diese Veränderungen sind Folge einer auf großflächige Abholzung oder Brandrodung von Wäldern setzenden kapitalistischen Landwirtschaft. Die industrielle Massentierhaltung und die Reduktion der genetischen Vielfalt der Tiere fördern ebenso, dass sich Krankheitserreger schnell ausbreiten und eher von Tieren auf Menschen übertragen werden können.⁹

⁷ Vgl. Brand/Wissen 2017, 8. Kapitel; Wissen/Brand 2019, Lessenich 2016, I.L.A.-Kollektiv 2017, 2019, in Bezug auf Beschäftigte und Gewerkschaften, Periskop/I.L.A.-Kollektiv 2019, aus feministischer Perspektive Wichterich 2016.

⁸ Das Konzept (vgl. insbesondere Brand/Wissen 2017) wird in diesem Buch noch genauer erläutert. Es hat einige spannende Diskussionen und Kritiken angeregt. Die meisten Beiträge erschienen in der Zeitschrift »Sozialismus.de«: Dieter Boris, Heft 7/8, 2017; unsere Replik auf den Beitrag in Heft 12, 2017; Klaus Dörre in den Heften 6 und 7/8, 2018; Samuel Decker in Heft 2, 2018; Andreas Novy in Heft 10, 2018; Klaus Georg Zinn in den Heften 2 und 3, 2019; Stephan Krüger in Heft 6, 2019.

⁹ Vgl. Hartmann 2020; Bundesministerium für Gesundheit 2018. Auf die komplexe und wichtige Frage, ob es sich beim Corona-Virus bzw. der Übertragung von Tieren auf Menschen um einen kontingenten Prozess handelt, der »exogen«, d.h. nicht oder nicht unmittelbar auf kapitalistisch betriebene Massentierhaltung sowie die Zerstörung von biologischer Vielfalt und den Lebensräumen wilder Tiere zu-

Die imperiale Lebensweise basiert auf und verstärkt innergesellschaftliche Ungleichheiten und Hierarchisierungen entlang vielfältiger Spaltungslinien zwischen Klassen, Geschlechtern, Ethnizität, Ländern und Regionen, Stadt und Land sowie zwischen Generationen. Die besseren Lebensbedingungen bestimmter Gruppen untergraben jene anderer Gruppen (Brand/Wissen 2017: 61f.). So können aktuell medizinische Geräte und Schutzkleidung eher von den kaufkräftigen Ländern auf dem Weltmarkt nachgefragt werden und nach erfolgter Entwicklung von Impfstoffen und Medikamenten wird das bei der Verteilung – allen Beteuerungen zum Trotz – ebenfalls so sein. Auch die Folgekosten der Krise werden sich sehr unterschiedlich in einzelnen Ländern und Regionen auswirken. Hierarchisierungen werden auch innerhalb der Gesellschaften sichtbar, insbesondere die oben erwähnte materielle und ideelle Abwertung von Pflegeberufen und die Verschiebung vieler Sorgetätigkeiten ins Private und damit meist auf die Arbeitskraft von Frauen. Auf der anderen Seite wird mittels der imperialen Lebensweise in »Normalzeiten« auch soziale Ungleichheit bearbeitet, denn sozialer Aufstieg und materieller Wohlstand sind für die Subalternen wichtige Orientierungen. Die Reichen gelten oft nicht als Gegner*innen, sondern als Vorbilder.

Die Wirkungsmacht der imperialen Lebensweise speist sich auch daraus, dass ihre sozialen und ökologischen Voraussetzungen »andernorts« unsichtbar gemacht werden. Das betrifft insbesondere die Produktionsbedingungen der Waren für den kapitalistischen (Welt-)Markt. In diesen Wochen zeigt sich besonders dramatisch, wie die für viele Menschen im globalen Süden desaströsen Auswirkungen der imperialen Lebensweise weitgehend unsichtbar gemacht werden. Das Schicksal der Geflüchteten an der türkisch-griechischen Grenze, in griechischen Flüchtlingslagern oder auf Rettungsschiffen im Mittelmeer trat in der Medienberichterstattung deutlich in den Hintergrund. Die Corona-Krise mit ihren negativen Auswirkungen auf die eigene Gesellschaft plus die täglichen Zahlen von Infizierten und Toten in anderen Ländern dominierten die mediale Öffentlichkeit. Berichte und Diskussionen über die Not hilfesuchender Menschen an den Grenzen Europas werden an den Rand gedrängt.

Schließlich wird sich die Wirkungsmacht der imperialen Lebensweise darin zeigen, wie im Zuge der Corona-Krise die (welt-)wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse mehr oder weniger stabilisiert werden. Behält die bestehende Produktions- und Lebensweise ihre Anziehungskraft,

rückzuführen oder eben doch »endogen« ist, gehe ich hier nicht ein; vgl. Schaffar 2020 und die Diskussion auf der Liste der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung ab Ende März 2020; <https://akg-online.org/>

wird sie wiederhergestellt, sogar intensiviert oder kommt es zu einschneidenden Veränderungen?

Die *Krisenhaftigkeit* der imperialen Lebensweise wird deutlich, weil eben nun Güterketten, Reisetätigkeiten und der bislang selbstverständliche Zustrom von Pflege- und Erntearbeiter*innen in die kapitalistischen Zentren aktuell unterbrochen werden. Die Krise hatte sich bereits in den letzten Jahren abgezeichnet. Der selbstverständliche Zugriff auf (billige) Arbeitskraft und natürliche Ressourcen »andernorts« wird immer schwieriger. Die ebenfalls bereits länger bestehende Krise der sozialen Reproduktion wird nun insbesondere im Gesundheitssektor sichtbar.

Mit dem Begriff der imperialen Lebensweise wird auch auf zunehmende »öko-imperiale Spannungen« in der Konkurrenz um Land und Ressourcen hingewiesen. Kurzfristig kommt es nun auch zu sichtbaren gesundheitspolitischen imperialen Spannungen, insbesondere in der (teilweise an Piraterie grenzenden) Konkurrenz der kaufkräftigen Länder um medizinische Ausrüstung und die mögliche Herstellung von Medikamenten und Impfstoffen.

Und es ist nicht ausgemacht, ob die von der imperialen Lebensweise mitverursachten Migrations- und Fluchtbewegungen sich durch die Corona-Krise und die sehr unterschiedlichen Möglichkeiten verschiedener Länder und Regionen, diese zu bearbeiten, noch verstärken werden. Die möglicherweise drohenden Hungerkrisen in einigen Ländern des Südens habe ich eingangs erwähnt. Gerade hier könnte die Exklusivität der imperialen Lebensweise besonders deutlich werden.

Linke Politik gegen einen autoritär-neoliberalen Corona-Kapitalismus

Wie sähe eine linke Politik in Zeiten der Corona-Krise aus, aber auch gegen einen sich möglicherweise verfestigenden »Corona-Kapitalismus«, in dem die Tendenzen von Ungleichheit, Naturzerstörung und Autoritarismus fortgeschrieben werden?¹⁰ Wie offensiv kann eine solche Politik sein in Zeiten, in denen von allen politischen Akteur*innen weitgehend defensiv gehandelt wird? Trotz aller Unübersichtlichkeit: Kritisches Nachdenken und linke Strategien sollten, so das Institut für Gesellschaftsanalyse (2020: 7) der Rosa-Luxemburg-Stiftung, »die Gelegenheitsfenster nutzen und zugleich eine weitergehende Perspektive aufzeigen, diskutieren, dafür organisieren.

¹⁰ Es entstehen aktuell neue Formen des politischen Aktivismus oder bestehende intensivieren sich und werden auch von Menschen betrieben, die bislang weniger internetaffin waren. Darauf gehe ich hier mangels Kenntnissen nicht ein.

Das ist kein ›Entweder-Oder‹ von voluntaristischen ›großen Würfeln‹ oder pragmatischem ›Klein-Klein‹, als vielmehr die Verknüpfung von Praxen des Widerstands und konkreten Einstiegsprojekten mit strategischen Perspektiven.« Die verschiedenen Krisenmomente werden sich sehr unterschiedlich miteinander artikulieren und die Art und Weise ist schwer vorherzusagen. Und es gilt an Erfahrungen anzuknüpfen, die sich in den Protestbewegungen und alternativen Praxen der letzten Jahre herausgebildet haben.¹¹

Verknüpfungen herzustellen findet unter Bedingungen großer Unsicherheit statt. Christoph Görg plädiert angesichts der tiefen Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse daher für einen »neuen Umgang mit Unsicherheiten« und gleichzeitig für offensive transformatorische Politik: »Die Herausforderung besteht vielmehr genau darin: die Notwendigkeit einer großen Transformation des kapitalistischen Wohlstandsmodells gerade mit den Gefahren zu begründen, die der Versuch einer Kontrolle der Naturverhältnisse mit den Strategien der Naturbeherrschung ausgelöst hat.« (Görg 2020: 1f.) Es gehe nicht um mehr Sicherheit, sondern darum, mit den Ursachen der Pandemie und ihrer Bedrohlichkeit reflektiert umzugehen, »gerade weil man das Virus nicht völlig kontrollieren kann« (ebd.). Das ist ein wichtiger Anknüpfungspunkt für linke Politik.

In der aktuellen Situation haben viele Menschen nicht nur ein starkes Informationsbedürfnis, sondern auch eines nach Einordnung und Orientierung – indes nicht nur als kritische Einordnung, wie die Konjunktur von Verschwörungstheorien in dem Wunsch nach vereinfachenden Erklärungen zeigt. Es müssen also die aktuell dynamischen, aber doch nicht beliebigen Veränderungen analysiert werden. Dabei gilt es auf fest verankerte, aber offensichtliche Absurditäten kapitalistischer Produktion hinzuweisen, die in ein anderes Licht gerückt werden könnten. Die Publizistin Kathrin Hartmann (2020) nennt eine dieser Absurditäten des kapitalistischen Weltmarkts, die nun mit der Krise der globalen Lieferketten deutlich wird: Ob-

¹¹ Luci Cavallero und Verónica Gago (2020) sprechen von einer kollektiven Agenda, die insbesondere an feministische Kämpfe der letzten Jahre anschließt und nun zur gemeinsamen Ressource werden kann: Die feministischen Streiks, die Forderung nach Neuverhandlung öffentlicher und privater Verschuldung, die Kämpfe gegen häusliche Gewalt und Feminizide, die in der Quarantäne zunehmen. Dazu kommen Auseinandersetzungen um das (Un-)Sichtbarmachen bestimmter Formen von Arbeit und sozialer Reproduktion. Der Plattformkapitalismus wird »trotz seines Vertrauens auf die Metaphysik von Algorithmen und GPS letztlich von konkreten Körpern getragen. ... Diese, in der Regel migrantischen, Körper sind diejenigen, die die verlassenen Städte durchqueren, und die – durch ihre Exponiertheit – die Versorgung und den Rückzug vieler Menschen ermöglichen.«

wohl Deutschland sich zu 90% selbst mit Lebensmitteln versorgen könnte, ist das Land der weltweit drittgrößte Importeur von landwirtschaftlichen Produkten und Nahrungsmitteln. Der Grund liegt darin, dass die Landwirtschaft in Deutschland stark darauf ausgerichtet ist, Fleisch und Milchprodukte zu produzieren und zu exportieren.

Zudem geht es darum, den Zusammenhang verschiedener Krisendimensionen aufzuarbeiten: Die Corona-Pandemie wird umso mehr zur Krise, als sich bereits im Jahr 2019 ernsthafte wirtschaftliche Probleme andeuteten; die soziale Reproduktion von immer mehr Menschen in Fragen von Pflege und Erziehung bereits krisenhaft wurde; es gab bereits starke autoritäre Tendenzen; die EU hielt trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise vor gut zehn Jahren an der Austeritätspolitik im Interesse der Vermögenden fest. Die Corona-Krise gewinnt aber auch daraus eine spezifische Dynamik, dass die imperiale Lebensweise von der Bewegung für Klimagerechtigkeit politisiert wurde und nun teilweise darüber diskutiert wird, inwiefern aktuelle Politiken auch in Bezug auf die Klimakrise umgesetzt werden müssen. Ein Beispiel ist die breite öffentliche Forderung, Rettungspakete für die Luftverkehrs- und Automobilindustrie an soziale und ökologische Kriterien zu binden.

Damit bin ich bei einem zweiten Bereich neben der kritischen Aufarbeitung, jenem der politischen Initiativen. Angesichts der bestehenden wirtschaftlichen und politischen Herrschaftsstrukturen bedarf es vielfältiger Vorschläge und Initiativen, um die anstehenden Entscheidungen allein im Sinne der Vermögenden und Mächtigen zu verhindern und Potenziale für eine sozial-ökologische Transformation zu stärken.

Aktuell dringende Maßnahmen sind etwa die Erhöhung des Kurzarbeiter*innengeldes für einkommensschwache Schichten, Stundung von Mieten, Stopp von Zwangsräumungen und Stromsperrern, Zulagen für gesundheitsgefährdende Berufe im Sinne eines »Schutzschirms für die Menschen« (Institut für Gesellschaftsanalyse 2020: 12ff.). Falls der aktuelle Notstand der sozialen Distanzierung überwunden wird, stellt sich die Frage, inwiefern die vielen Zusatzarbeiten, die insbesondere von Frauen und unbezahlt erbracht werden, wieder zurückgenommen werden können.

Neben der baldigen Aufhebung der Einschränkung von Grundrechten wie dem der Versammlungsfreiheit geht es darüber hinaus um eine »Demokratieoffensive«. Damit können die ergriffenen Notstandsmaßnahmen in ihrer Tragweite reflektiert und umgekehrt, angemessene Entscheidungsverfahren für künftige derartige Krisensituationen geschaffen sowie eine demokratische Sozial- und Gesellschaftspolitik forciert werden (ebd.: 19).

Die Bedingungen sind aktuell nicht schlecht, die Zustände im Gesundheitswesen oder der öffentlichen Infrastrukturen zu kritisieren sowie kon-

krete Vorschläge zu machen und – unter gegebenen Kräfteverhältnissen – auch umzusetzen. Solche Vorschläge werden von den Gewerkschaften auch gemacht. Die derzeitige verbale Anerkennung von Dienstleistungs- und Sorgearbeit könnte damit in eine Besserbezahlung von Frauenarbeit übersetzt werden. Naheliegend ist zudem, die Rettungspakete für Großunternehmen wie etwa Fluggesellschaften oder Automobilfirmen an die Erfüllung sozialer und ökologischer Bedingungen zu knüpfen.¹²

Eine weitere Konfliktlinie ist die Intransparenz der aktuellen Politik, einer Politik, die starke Verteilungswirkungen hat. Die *Süddeutsche Zeitung* wies Ende April darauf hin, dass in Deutschland 17 Unternehmen fast 70% – nämlich 19 Milliarden Euro – an Staatskrediten erhalten, doch die Namen der Firmen vom Bundesfinanzministerium zum damaligen Zeitpunkt nicht genannt wurden (»Großes Geld, großes Schweigen«, 23.4.2020).

Angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse und vor dem Hintergrund der Erfahrungen nach der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 droht auch nach der neuerlichen Krise eine deutlich verstärkte Austeritätspolitik. In vielen Kommunen wird bereits überlegt, notwendige Investitionen zurückzustellen. Attac Österreich (2020) beispielsweise setzt die Forderung nach einem »Corona-Lastenausgleich« dagegen: Vermögen ab 5 Millionen Euro sollen mit 10% einmalig besteuert werden, Vermögen ab 100 Millionen Euro mit 30% und Vermögen ab einer Milliarde Euro mit 60%. Damit könnten 70 bis 80 Milliarden Euro zusätzlich generiert werden, es würde damit auch Ungleichheit reduziert und die Finanzmärkte zumindest etwas stabilisiert (ähnlich für Deutschland Hickel 2020). Gerade für Länder wie Deutschland und Österreich mit einer sehr starken Vermögenskonzentration ist das ein plausibler Vorschlag (John 2020).

Linke Politik ist internationalistische Politik im Sinne einer Solidarität, die auch für die Verbesserung der Lebensverhältnisse von Menschen in anderen Ländern und Weltregionen einsteht. Aktuell wird deutlich, wie ungleich Menschen im globalen Maßstab von der multiplen Krise betroffen sind. Viel mehr Menschen leben nach Jahrhunderten der kolonialen Enteignung unter prekären Bedingungen und geraten bei fehlendem Erwerbseinkommen rasch in existenzielle Nöte. Gesundheit ist nicht einfach die Abwesenheit von Krankheiten wie Infektionen, sondern ein gesellschaftlicher Zustand, der Bedingungen für ein angstfreies, materiell sorgenfreies und auskömmliches Leben schafft, ohne dass dieses vom Einkommen abhängt. Insbesondere in Ländern des globalen Südens sind öffentliche Infrastrukturen noch

¹² Vgl. etwa Högelsbeger/Brand 2020; Vorschläge zum städtischen und Luftverkehr, Energiepolitik, Arbeitswelt und Weiterbildung in Bär/Runkel 2020.

schwächer als hierzulande. Daher sind die Streichung der Auslandsschulden und die Abkehr von Freihandelspolitiken wichtige Voraussetzungen eigenständigerer Entwicklungen.

Es sind also dringend finanzielle und politische Initiativen geboten, die nicht nur die negativen Auswirkungen der Corona-Krise in Ländern des globalen Südens eindämmen. Es geht immer wieder und auch jetzt um ein Neudenken der wirtschaftlichen und politischen Weltordnung im Hinblick auf die Realisierung globaler sozialer Rechte. Dafür gilt es die unterschiedlichen Krisenerfahrungen, aber auch vielfältigen Alternativen anzuerkennen.¹³

Schließlich geht es um mögliche oder sich bereits anbahnende Allianzen zwischen linken parteipolitischen und Bewegungsakteur*innen, Gewerkschaften und Verbänden, progressiven Menschen in der Wissenschaft, in der öffentlichen Verwaltung und im Management, um progressive Initiativen politisch auch durchzusetzen. Inwiefern sich ein Corona-Kapitalismus verfestigt, wird neben guten Analysen insbesondere von Initiativen und Auseinandersetzungen abhängen, denen Eingriffe in die dominanten gesellschaftlichen Diskurse und Machtverhältnisse gelingen.

Das vorliegende Buch versammelt Aufsätze, die mit Ausnahme dieser Einleitung, des darauf folgenden Beitrags und der einführenden aktuellen Bemerkungen zu Lateinamerika bereits an anderer Stelle erschienen sind (vgl. die Drucknachweise in den jeweils ersten Fußnoten). Damit soll aus sozialökologischer und internationalistischer Perspektive ein Beitrag zur gemeinsamen Verständigung über die aktuelle gesellschaftspolitische Situation, in der wir uns befinden, sowie über Anknüpfungspunkte für mögliche emanzipatorische Veränderungen geleistet werden. Die bereits veröffentlichten Texte wurden inhaltlich nicht verändert.

Wissensproduktion, insbesondere kritische, ist ein kollektiver Prozess. Die hier vorgestellten Ideen wurden immer wieder in unterschiedlichen Zusammenhängen zur Diskussion gestellt und haben von Rückmeldungen und Anregungen profitiert. Zu großem Dank verpflichtet bin ich den Kolleg*innen der letzten Jahre im Bereich Internationale Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien für die spannenden und angenehmen Kooperationen: Christopher Beil, Tobias Boos, Alina Brad, Ingrid Fankhauser, Heinz Högelsberger, Mathias Krams, Franziska Kusche, Hanna Lichtenberger, Danyal Maneka, Lukas Neißl, Kathrin Niedermoser,

¹³ Vgl. beispielhaft etwa Kothari u.a. 2019, Novy u.a. 2020.

Melanie Pichler, Anna Preiser und Etienne Schneider. Dazu kommen viele kluge Doktorand*innen und Studierende mit spannenden Projekten sowie der Austausch am Institut und an der Fakultät für Sozialwissenschaften, im Wiener Umwelt-Kolloquium, im Lateinamerika-Kolloquium und im Kolloquium »Entwicklungstendenzen des Kapitalismus«, dem Mosaik-Blog, dem »Utopischen Raum« sowie seit einem Jahr bei »Diskurs. Das Wissenschaftsnetz«. Über Wien hinaus bestehen wertvolle Kooperationen im Rahmen der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG), mit dem Postwachstums-Kolleg an der Universität Jena (auch über seine Existenz bis 2019 hinaus), den alle zwei Jahre gemeinsam durchgeführten Blockseminaren mit Kolleg*innen von den Universitäten in Frankfurt a.M., Kassel, Koblenz und Marburg, dem Netzwerk Politische Ökologie sowie jene mit Kolleg*innen der Universität Linz und der Wirtschaftsuniversität Wien im Anschluss an die Arbeiten von Karl Polanyi.

Verschiedene Diskussionszusammenhänge sind bei der oder um die Rosa-Luxemburg-Stiftung, mit der ich seit vielen Jahren verbunden bin, angesiedelt: Beim dortigen Institut für Gesellschaftsanalyse und dem Zentrum für internationalen Dialog, der vom Quito-Büro der Stiftung aus organisierter Permanenten Arbeitsgruppe »Alternativen zu Entwicklung« in Lateinamerika und der vom Brüssel-Büro koordinierten globalen Gruppe »Beyond Development«. Erwähnen möchte ich auch die für die Herausbildung eigener Ideen oft fruchtbaren Kooperationen mit Menschen aus politischen Zusammenhängen wie etwa der Kammer für Arbeiter und Angestellte (AK) Wien und in anderen österreichischen Bundesländern, von Attac und Greenpeace, mit Kolleg*innen von Gewerkschaften wie der GPA-djp (Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier), der IG Metall oder dem Mosaik-blog – und die so oft glücklicherweise anregenden »privaten« Gespräche. Auch vielen anderen fühle ich mich verpflichtet, gerade jenen Menschen, deren Namen ich oft gar nicht kenne und die bei Tagungen, Workshops und Diskussionen mit klugen Beiträgen und kritischen Fragen mich beim Denken weiterbringen.

Ganz besonderer Dank gilt meinen beiden hauptsächlichen Bezugspersonen für wissenschaftlichen, politischen, aber auch persönlichen Austausch: Christoph Görg und Markus Wissen.

Den Anstoß zu diesem Buch gab Gerd Siebecke vom VSA: Verlag, der mich trotz Zögerns dazu ermutigte. Ein sehr herzliches Dankeschön an ihn und an Marion Fisch vom Verlag, die mich bei der Auswahl der Texte und der Manuskripterstellung vorzüglich unterstützte.

Für wertvolle Hinweise zu einem Entwurf dieser Einleitung und dem nächsten Text bedanke ich mich bei Brigitte Bargetz, Tobias Boos, Alina

Brad, Michael Brie, Achim Brunnengräber, Kristina Dietz, Dennis Eversberg, Christoph Görg, Heinz Högelsberger, Claus-Dieter König, Susann Künnecke, Miriam Lang, Gundula Ludwig, Tilman Reitz, Birgit Sauer, Dieter Seibert, Gerd Steffens, Rudolf Walther. Für die Inhalte dieses Buches bin ich natürlich selbst verantwortlich.

Dieses Manuskript beende ich um den 1. Mai 2020 herum, dem zweiten Todestag von Elmar Altvater. Von seinem kritischen Denken und seinen unermüdlichen politischen Interventionen habe ich viel gelernt.

Literatur

- Attac Österreich (2020): Krisenlasten gerecht auf alle Schultern verteilen. Corona-Lastenausgleich; www.attac.at/kampagnen/die-corona-krise-solidarisch-be-waeltigen/corona-krise-jetzt-beitrag-der-reichsten-fordern (Zugriff 12.4.2020).
- Bär, Holger/Runkel, Matthias (2020): Wie notwendige Wirtschaftshilfen die Corona-Krise abfedern und die ökologische Transformation beschleunigen können. Berlin: Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft.
- Bello, Walden (2004): De-Globalisierung. Widerstand gegen die neue Weltordnung. Hamburg: VSA.
- Böhm, Andrea (2020): Die andere Pandemie, in: Die Zeit, 3. Mai 2020.
- Boos, Tobias/Preiser, Anna (2020): Quarantäne global: Ausgangsperren und populäre Ökonomie in Lateinamerika, in: Der Standard, 30. April 2020.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom.
- Bundesministerium für Gesundheit (2018): Zoonotische Infektionskrankheiten und Erreger mit speziellen Resistenzen. Berlin; www.forschung-bundesgesundheitsministerium.de/foerderung/bekanntmachungen/zoonosen (Zugriff 10.4.2020).
- Cavallero, Luci/Gago, Verónica (2020): Crack Up! Eine feministische Agenda für die Post-Pandemie, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung; www.rosalux.de/news/id/42027 (Zugriff 26.4.2020).
- Dörre, Klaus (2020): Nicht jede Krise ist eine Chance, in: Jacobin, 17.4.2020; <https://jacobin.de/artikel/klaus-dorre-corona-krise-chance/> (Zugriff 23.4.2020).
- Foundational Economy Collective (2019): Die Ökonomie des Alltagslebens. Für eine neue Infrastrukturpolitik. Berlin: Suhrkamp.
- Görg, Christoph (2020): Die Corona-Pandemie als sozial-ökologische Krise. Unsicherheiten, Kränkungen und die Beschleunigung der Zivilisationskrise. Manuskript.
- Hartmann, Kathrin (2020): Das kommt nicht von außen. Was Epidemien mit der Zerstörung intakter Ökosysteme durch den Menschen zu tun haben, in: Der Freitag, 12/2020.
- Hickel, Rudolf (2020): Wer trägt die langfristigen Kosten der Covid-19-Wirtschaftskrise. Solidarischer Lastenausgleichsfonds mit einer Vermögensabgabe, in: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, 1.4.2020; www.alternative-wirtschaftspolitik.de/de/article/10656343 (Zugriff 14.4.2020).

- Högelsberger, Heinz/Brand, Ulrich (2020): Nutzen wir die aktuelle Chance zum Aufbau eines klimafreundlichen Verkehrssystems. Pro & Contra: Staatshilfen für die Luftfahrt?, in: Wiener Zeitung, 15.4.2020, S. 11.
- I.L.A.-Kollektiv (2017): Auf Kosten anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert. München: oekom.
- I.L.A.-Kollektiv (2019): Das Gute Leben für Alle. Wege in eine solidarische Lebensweise. München: oekom.
- Institut für Gesellschaftsanalyse & Friends (2020): Ein Gelegenheitsfenster für linke Politik? Wie weiter in und nach der Corona-Krise, in: LuXemburg-Online; www.zeitschrift-luxemburg.de/ein-gelegenheitsfenster-fuer-linke-politik-wie-weiter-in-und-nach-der-corona-krise/ (Zugriff 17.4.2020).
- John, Gerald (2020): Vermögen in Österreich im EU-Vergleich stark auf die Oberschicht konzentriert, in: Der Standard, 1.4.2020.
- Klein, Naomi (2020): »Coronavirus Capitalism«: Naomi Klein's Case for Transformative Change Amid Coronavirus Pandemic. Transkript einer Sendung am 19. März auf DemocracyNow!; www.democracynow.org/2020/3/19/naomi_klein_coronavirus_capitalism
- Kothari, Ashish/Salleh, Ariel/Escobar, Arturo/Demaria, Federico/Acosta, Alberto (Hrsg.) (2019): Pluriverse. A Post-Development Dictionary. New Delhi: Tulika Books.
- Kreilinger, Verena/Zeller, Christian (2020): Corona-Pandemie – eine historische Wende. Gesundheitswesen gesellschaftlich aneignen, Produktion kurzzeitig und geplant runterfahren!, in: LuXemburg-online; www.oekosoz.org/2020/03/corona-pandemie-eine-historische-wende/ (Zugriff 5.4.2020).
- Lange, Steffen/Santarius, Tilman (2020): Die Corona-Krise erfordert eine Transformation zu einer krisenfesten Resilienzwirtschaft, in: Ökonomenstimme; www.oekonomenstimme.org/artikel/2020/04/die-corona-krise-erfordert-eine-transformation-zu-einer-krisenfesten-resilienzwirtschaft/ (Zugriff 12.4.2020).
- Lessenich, Stephan (2016): Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. Berlin: Hanser.
- Novy, Andreas/Bärnthaler, Richard/Heimerl, Veronika (2020): Zukunftsfähiges Wirtschaften. Weinheim/Basel: Beltz.
- Oberndorfer, Lukas (2020): In schlechter Verfassung für die Euro-Krise 2.0 – warum eine solidarische Krisenpolitik neue EU-Verträge braucht, in: Arbeit&Wirtschaft Blog; <https://awblog.at/in-schlechter-verfassung-fuer-die-euro-krise-2-0/> (Zugriff 9.5.2020).
- Paasch, Armin/Saage-Maaß, Miriam (2020): Lieferketten unter Corona: Den Letzten beißen die Hunde, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Mai, S. 17-20.
- Periskop/I.L.A.-Kollektiv (Hrsg.) (2019): Von A wie Arbeit bis Z wie Zukunft. Arbeiten und Wirtschaften in der Klimakrise. Wien/Berlin.
- Peters, Stefan (2020): Ungleichheit ist tödlich: Die Corona-Pandemie in globaler Perspektive. Manuskript.
- Rustici, Camille (2020): Kommando zurück. Die Globalisierung, wie wir sie kennen, ist vorbei, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 17.4.2020; www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/ (Zugriff 23.4.2020).
- Sablowski, Thomas (2020): Der Klassencharakter der deutschen Politik in der Coronakrise, in: LuXemburg-online, April, www.zeitschrift-luxemburg.de/der-klas

- sencharakter-der-deutschen-politik-in-der-coronakrise/.
- Schaffar, Wolfram (2020): Zur Debatte über Corona als »exogener Schock«. Manuskript, April.
- Schmelzer, Matthias/Vetter, Andrea (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Schneider, Etienne/Syrovatka, Felix (2020): Corona und die nächste Euro-Krise. Gefahren und Chancen für die Linke, in: Prokla Online First, <https://prokla.de/index.php/PROKLA/article/view/1873/1803#toc> (Zugriff 20.4.2020).
- Solty, Ingar (2020): When the State Steps in to Save Profit, in: Jacobin; www.jacobinmag.com/2020/03/coronavirus-recession-global-economy-stimulus-state (Zugriff 10.4.2020).
- Svampa, Maristella (2020): Reflexiones para un mundo post-coronavirus, in: Nueva Sociedad Online, April 2020; www.nuso.org/articulo/reflexiones-para-un-mundo-post-coronavirus/ (Zugriff 20.4.2020).
- Vogel, Steffen (2020): Der Corona-Crash. Die zweite Eurokrise?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Mai, S. 5-8.
- Wichterich, Christa (2016): Feministische internationale politische Ökonomie und Sorgeextraktivismus, in: Brand, Ulrich/Schwenken, Helen/Wullweber, Joscha (Hrsg.): Globalisierung analysieren, kritisieren und verändern. Das Projekt Kritische Wissenschaft. Hamburg: VSA, S. 54-71.
- Wissen, Markus/Brand, Ulrich (2019): Working-class environmentalism und sozial-ökologische Transformation. Widersprüche der imperialen Lebensweise, in: WSI-Mitteilungen 72(1), S. 39-47.
- Wöhl, Stefanie (2020): Der Pflege- und Gesundheitssektor in der Covid-19 Krise; <https://eis.fh-vie.ac.at/der-pflege-und-gesundheitssektor-in-der-covid-19-krise/> (Zugriff 16.4.2020).
- Wolf, Winfried (2020): Die neue Weltwirtschaftskrise, das Corona-Virus und ein kaputt gesparter Gesundheitssektor. Oder: Die Solidarität in den Zeiten von Corona, in: Nachdenkseiten, www.nachdenkseiten.de (Zugriff 12.4.2020).